

# The New Spirit

## Das neue, disruptive Mindset in Beschaffung und Rüstung

von Christoph Marischka

Rückblickend war die Zeit um 2018 ein Wendepunkt in der deutschen Technologiepolitik einerseits und für die Bundeswehr andererseits. Nach zähen Verhandlungen legten SPD und CDU/CSU im Februar ihren Koalitionsvertrag vor und konstituierten kurz darauf ihre gemeinsame Regierung – weiterhin mit der bereits amtierenden Ursula von der Leyen als Verteidigungsministerin.

Wirtschafts- und Technologiepolitisch setzte der Koalitionsvertrag auf »Disruption«. Wissenschaft, Kapital und Industrie sollten in neu aufzubauenden »Ökosystemen« enger zusammenrücken, Startups als Treiber zukünftiger Innovationen stärker gefördert und die Marktbedingungen dereguliert werden. Der Tonfall des Koalitionsvertrages war in diesen Bereichen sichtlich geprägt durch einen überschaubaren Personenkreis aus dem Umfeld der Expertenkommission Forschung und Innovation (EFI), der Vorstände großer Wissenschaftsorganisationen wie der Max-Planck-Gesellschaft und wettbewerbsorientierten Zusammenschlüssen von Hochschulen wie die German U15. Gemeinsam hatten sie kurz nach den Wahlen die Stellungnahme »Wissenschaft und Forschung als Fundament unserer Zukunft weiter stärken« eingebracht. Aus dem selben Personenkreis wurde unter anderem Druck aufgebaut, in Deutschland eine militärische Forschungsbehörde nach dem Vorbild der DARPA in den USA aufzubauen.

Militärpolitisch war Ursula von der Leyen bereits Ende 2013 mit dem Anspruch angetreten, in der Truppe und der Industrie auf einen »Kulturwandel« hinzuarbeiten: Weg vom Image des alten Grundwehrdienstes (»Durch-den-Schlamm-Robben«, brüllende Vorgesetzte), weg von straffen Hierarchien und unflexiblen Besoldungsstufen, weg von einer vermeintlich trägen Bürokratie im Beschaffungswesen und einer ebenfalls als träge und verstaubt wahrgenommenen Rüstungsindustrie, die aus den immergleichen Unternehmen und ihren anzugragenden Lobbyisten zu bestehen schien. Als Katalysator dafür sollte bereits ab 2014 vor allem der Aufbau einer neuen Quasi-Teilstreitkraft, des Organisationsbereichs »Cyber- und Informationsraum« (CIR), dienen. Letztlich gehörte jedoch auch die Diskussion um Kühlschränke in den Ka-

sernenstuben und die »Wohlfühl-Bundeswehr« zu diesem Konzept.

So ganz neu war das alles natürlich nicht – weder der Abbau von vermeintlichen Innovationshemmnissen noch die Diskussion um eine »agilere Truppe«. Diesmal aber entfaltete der angestrebte »Kulturwandel« tatsächlich und sichtbar Wirkung. Man denke nur etwa daran, wie sich unsere Städte in den vergangenen Jahren verändert und dem Plattform-Kapitalismus geöffnet haben: Zahllose Innovations-Campusse und Startup-Parks sind aus dem Boden geschossen, Lieferdienste und »Shared Mobility«-Angebote konnten in einem kaum regulierten Umfeld gedeihen und wurden im Zuge von »Smart City«-Programmen gefördert. Etwas weniger sichtbar, aber womöglich noch folgenreicher sind die parallelen Entwicklungen im Bereich Militär und Rüstung.

### »Move Fast and Break Things«

Ein Beispiel für den neuen Spirit ist der bereits im Frühjahr 2017 eingerichtete Cyber Innovation Hub (CIH), der als »Schnittstelle zur Gründerszene« und zu »Innovationsakteuren« fungieren und diese »Schnittstellenfunktion für den Aufbau eines neuen Netzwerks in Forschung, Wirtschaft und Militär nutzen« soll. Ihr erster CEO, Marcel »Otto« Yon, hatte zuvor ein Forschungszentrum geleitet und dann (angeblich) drei erfolgreiche Startups »zum Exit« geführt. Er gab das ambitionierte Ziel aus, dass künftige Innovationen von der Idee nur noch 90 Tage brauchen sollten, bis sie »in der Hand der Soldaten« liegen. Dafür sollten Hierarchien ausgeräumt und auf ganz kleiner Ebene ein neues, »agiles«, freihändiges Beschaffungswesen eingeführt werden. Vor allem aber ging es auch um einen demonstrativ vollzogenen Kulturwandel bis hin zu Grußformeln, Haltung, Kleidung und nicht zuletzt der Sprache. Auch die Außendarstellung wurde flexibler und frecher. Kurzfristige Aufmerksamkeit erzielte der Hub etwa mit einem Meme, das neben dem Bild eines schießenden Leopard-Panzers das Logo des CIH enthielt und darunter das Motto von Mark Zuckerberg zitierte: »Move Fast and Break Things« – bewege dich schnell

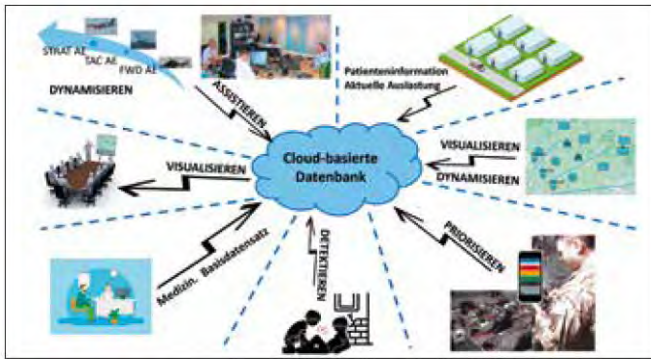


Abb. 1: Schematische Darstellung der vernetzten Informationserfassung und -verarbeitung mittels einer gemeinsamen IT-Architektur zur Digitalisierung des Verwundetenweges



Abb. 2: Beispiel einer smarten Textilie mit Sensortechnik zur Erfassung relevanter Vitalparameter (Quelle: WIWeB)

*Ausschnitte aus dem Jahresbericht Wehrwissenschaftlichen Forschung 2021: Der digitale Weg des Verwundeten, S. 122/123. BMVg. Siehe Text.*

und mache Dinge kaputt. Die gezielte Melange aus Militär- und Startup-Kultur des CIH (in einer ehemaligen Fabriketage in einem Hinterhof in Berlin-Moabit, ausgestattet mit bunten Möbeln und Bänken aus Paletten) wirkte zunächst eher albern und skurril und führte zu manchem eher augenzwinkernden Beitrag in IT-Zeitschriften und Portalen der »Gründerszene«. Ganz nach dem Motto »All Publicity is Good Publicity« dürfte jedoch gerade auch diese Berichterstattung ihre Wirkung gehabt haben: Unter den Gründer:innen und (Möchtegern-)Investor:innen hat sich so durchaus herumgesprochen, dass Bundeswehr und Rüstung auch und gerade für sie ein Markt werden könnten – und man dort nun hofiert wird. Der CIH vermittelte ganz bewusst das Gefühl, dass man für jede Idee mit »Verteidigungsbezug« offen sei – je verrückter, desto besser.

### Kulturrevolution im Ministerium

Eine andere Entwicklung lief bereits früher und zunächst mit deutlich weniger Öffentlichkeit ab: die Aufnahme führenden Personals aus Beratungsunternehmen in leitende Positionen des Bundesverteidigungsministeriums und die parallele Vergabe hochdotierter Beraterverträge an Unternehmen wie Accenture, McKinsey oder PwC – die dabei, mal wieder, weniger zu konkurrieren, als zu kooperieren schienen.

Bereits kurz nach ihrer Amtsübernahme hatte von der Leyen 2014 die zuvor bei McKinsey für den »Öffentlichen Sektor« zuständige Bereichsleiterin Katrin Suder als Staatssekretärin ins Ministerium geholt und mit ihr deren McKinsey-Vertrauten Gundbert Scherf als Rüstungsbeauftragten in die Bundeswehr. Eine dritte zentrale Person war Timo Nötzel, zuvor unter anderem für Bundeswehr und NATO sowie bei der Stiftung Wissenschaft und Politik tätig, bevor er (mit Empfehlung Suders) von McKinsey zu Accenture wechselte, de facto aber wie ein hochrangiger Beamter des Ministeriums agierte. Der über 500 Seiten umfassende Abschlussbericht des Bundestags von 2020 zur sogenannten »Berateraffäre« gibt einerseits Aufschluss über die fließenden Übergänge und wechseln-

den Konstellationen, in denen ein überschaubarer Personenkreis abwechselnd als selbstständige Berater:innen, Ministerialbeamt:innen oder (abgeordnete) Angestellte von beauftragten Unternehmen tätig war. Andererseits dokumentiert er aber auch eine Art Kulturkampf zwischen Vertreter:innen der alten Ministerialbürokratie und des Militärs mit dem disruptiveren Mindset aus der Welt der Unternehmen(sberatungen). Die in der Presse dominierende Diskussion um »Vetternwirtschaft« – tatsächlich werden vom Untersuchungsausschuss an vielen Stellen Verstöße gegen Vergaberecht etc. festgestellt oder nahegelegt – verdeckt jedoch, dass von der Leyen als zentrale und verantwortliche Figur hier in mehrfacher Hinsicht erfolgreich war: Erstens ist sie trotz all der Enthüllungen nicht nur unbeschadet davongekommen, sondern nahtlos in die (vermutlich) mächtigste Position in EUropa – die der EU-Kommissionspräsidentin – aufgestiegen. Zweitens war das zentrale Projekt, um das sich die Berateraffäre gedreht hat, die Vereinheitlichung und Harmonisierung der IT-Strukturen der Bundeswehr und die Aufstellung des CIR, letztlich erfolgreich.

Dazu gehörte auch die Überführung der BWI GmbH als für den Betrieb der IT der Bundeswehr zuständiges Unternehmen in eine Gesellschaft im 100%igen Besitz des Bundes: Eine Mischung aus Ministerialbürokratie und wettbewerbsorientiertem Management, in dem militärischer Rang und unternehmerische Stellung, Flecktarn und Anzug nahtlos ineinander übergehen und miteinander agieren. Dort konnten Vermittlungsgebühren, Löhne und Beraterhonorare bezahlt werden, die in den alten Bürokratien ebenso wenig machbar waren, wie Kündigungsfristen. Passend dazu ist auch die zuvor lange gehegte Unterscheidung zwischen »green IT« (bei der Truppe, im Gefecht) und »white IT« (in der Bundeswehr-Verwaltung) zunehmend obsolet geworden.

Zusammengefasst lässt sich festhalten: »Move fast and break things« war zumindest implizit auch das Motto der ehemaligen deutschen Verteidigungsministerin und späteren EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen. Zugleich symbolisierte sie und ihre Clique um die »Berateraffäre« eine Kultur des Regelverstoßes, die der jeweils

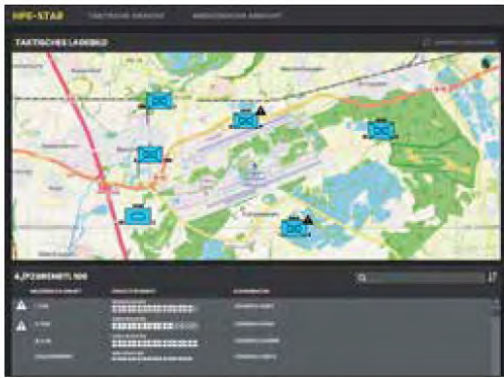


Abb. 4: Visualisierung der taktischen Lage  
(Quelle: Fraunhofer FKIE)

eigenen Karriere alles andere als hinderlich ist – nun eben auch im Bereich von Militär und Rüstung.

### Symmetrie und KI

Der angestrebte Kulturwandel wurde also zugleich demonstrativ (und etwas unbeholfen wirkend) vorangetrieben und ging andererseits kleinteilig und geradezu langweilig in den Kapillaren der Bürokratie vorstatten. Als Katalysator wirkten zugleich unter anderem zwei weitere Tendenzen dieser Jahre: der Diskurs um die jüngsten Durchbrüche bei sogenannter »Künstlicher Intelligenz« und die zunehmende Ausrichtung der militärischen Planung auf einen »großen Krieg«, zumindest eine Auseinandersetzung zwischen technologisch und militärisch vergleichbaren (symmetrischen) Gegnern.

Beide Diskussionen wurden in den Jahren vor 2022 – dem russischen Einmarsch in die Ukraine und dem anschließenden Krieg – zumindest in der Öffentlichkeit getrennt geführt. »Maschinelles Lernen« und »Künstliche Neuronale Netze« als neue, hoffnungsvolle Ausformung der ziemlich leeren Phrase »Künstlicher Intelligenz« wurden primär als zivile Entwicklung diskutiert, die Forderung nach intensiver staatlicher Förderung jedoch oft (im Kern eigentlich fast immer) geopolitisch begründet: Man müsse verhindern, von den USA und China abgehängt bzw. von ihnen abhängig zu werden. Beratungsunternehmen und Agenturen wie Roland Berger, Capgemini, McKinsey und Lobbyverbände des (Risiko-)Kapitals veröffentlichten in jenen Jahren eine Vielzahl an Policy-Papers mit Empfehlungen, wie sich Deutschland oder Europa im »Wettlauf um KI« behaupten könnten. Im Kern ging es dabei darum, optimale Bedingungen für Startups und vor allem Risikokapital zu schaffen, insbesondere durch weitere Deregulierung und staatliche Förderung auf allen Ebenen. Vieles davon wurde seither von den Kommunen bis hin zur Europäischen Union umgesetzt – propagandistisch begleitet von Bundesregierung, Wissenschaftsorganisationen, Unternehmen und Kapital beispielsweise im Rahmen des »Wissenschaftsjahres 2019« unter dem Motto »#ChanceKI«.

In einer parallelen Entwicklung hat sich seit 2014 die strategische Ausrichtung von NATO und Bundeswehr – von der Öffentlichkeit zunächst kaum wahrgenommen – deutlich verschoben. Statt der relativ risikoarmen und asymmetrischen Auslandseinsätze rückte die Landes- und Bündnisverteidigung (wieder) deutlich stärker in den Mittelpunkt – und damit die Aussicht auf einen großen, symmetrischen Krieg. Was das bedeutet, lässt sich unter anderem dem Jahresbericht Wehrwissenschaftliche Forschung des Bundesministeriums der Verteidigung (BMVg) von 2021 entnehmen, wo das Projekt »Der digitale Weg des Verwundeten« so begründet wird: »Die Landes- und Bündnisverteidigung steht derzeit im Fokus der militärischen Zukunftsplanung. Kernelement der medizinischen Vorbereitungen ist die Versorgung von ca. 1000 Verwundeten am Tag. Dies stellt einen hohen logistischen Aufwand und eine hohe Arbeitsbelastung für das Fachpersonal entlang der einzelnen Versorgungsebenen dar. Künstliche Intelligenz (KI) kann hierbei ein wertvoller Partner sein.«

Bereits 2019 hatte das Amt für Heeresentwicklung der Bundeswehr ein »Positionspapier« mit dem Titel »Künstliche Intelligenz in den Landstreitkräften« veröffentlicht, das ebenfalls klar von der Konfrontation mit einem militärisch und technologisch hochgerüsteten (symmetrischen) Gegner ausging. Im Mittelpunkt des einleitenden Szenarios steht ein »TaUAS-Bataillon« (TaUAS bedeutet Tactical Unmanned Aerial Systems, also kleinere Luftdrohnen), bestehend aus »vier Zügen mit jeweils 5000 TaUAS«: »Die Luken der Transportfahrzeuge öffnen sich und 5000 UAS fliegen aus den Fahrzeugen. Sie formieren sich zu unterschiedlichen Schwärmen. Der Schwarm aus mehreren hundert Sensor-UAS erreicht gar eine Ausdehnung von über zwei Kilometern im Durchmesser und ist mit hochauflösenden Kameras ausgestattet. Andere Schwärme wiederum haben die Aufgabe[,] gegnerische Drohnen zu stören oder dienen als Relais zur Kommunikation der eigenen UAS. Andere sind mit kleinsten Wirkmitteln zum Angriff gegnerischer Sensorik und zur Markierung bzw. Verfolgung von Zielen ausgestattet und zudem in Lage[,] eine verlegfähige UAS-Sperre zu bilden. Ein Counter-UAS-Schwarm ist darauf trainiert, feindliche UAS abzufangen und zu vernichten.«

Die hier angeführten Zitate sollen zweierlei verdeutlichen: Einerseits haben sich »Künstliche Intelligenz« (im zweiten Falle in Form der Schwarmsteuerung) und die strategische Neuausrichtung auf symmetrische, große Kriege nicht nur zeitlich parallel entwickelt, sondern wurden vom deutschen Militär (zumindest an einigen Stellen) auch zusammen gedacht. Ein zentraler Begriff in der Startup-Szene, wie auch zunehmend im Militär, ist dabei die »Skalierbarkeit«, also die Fähigkeit, die Produktion oder das eingesetzte Personal rasch um Größenordnungen zu steigern. Andererseits wird klar, dass diejenigen, die es wissen wollten, bereits damals absehen konnten, dass diese Skalierbarkeit im Kontext der »Landes- und Bündnis-

verteidigung« künftig ein zentrales Kriterium sein würde oder könnte.

### »Zeitenwende« und die Überwindung der Politik

Mit dem russischen Einmarsch in die Ukraine im Februar 2022 und dem sich daraufhin entfaltenden, lange, brutal und zäh geführten Krieg zwischen Russland und der Ukraine kam das Szenario eines großen, symmetrischen Krieges auch in der deutschen Öffentlichkeit an und rückte auf die Titelseiten der Tageszeitungen. Als das eigentlich Neue an der zusammen mit einem 100 Milliarden Euro schweren Sondervermögen verkündeten »Zeitenwende« erscheint jedoch eine Art kulturelle Zeitenwende, die sich primär darin ausdrückte, dass die veröffentlichte Meinung den Kurs einer rigorosen und schnellen Aufrüstung nicht nur unterstützte, sondern aktiv vorantrieb. Auch begünstigt durch eine Schwäche und Unentschlossenheit der parlamentarischen Linken entstand so ein diskursives Umfeld, das parlamentarische, bürokratische und strategische Kontrolle delegitimierte und weitgehend zum Verstummen brachte. erinnert sei hier schlaglichtartig an die Debatte um die Lieferung von Taurus-Marschflugkörpern (in der jede Erwägung möglicher Konsequenzen als Kreml-Narrativ oder zumindest, klar negativ konnotiert, als »Zögern« delegitimiert wurde) oder an die etwa wöchentlich kolportierten Enthüllungen oder Kommentare, wonach das Sondervermögen angeblich viel zu langsam und zögerlich ausgegeben würde.

Die Verteidigung der Ukraine erfolgte vor allem in den ersten Monaten oft außerhalb des völkerrechtlichen und verfassungsrechtlichen Rahmens. In deutschen Medien wurden informelle Milizen und private Drohnen-Werkstätten in der Ukraine, nicht-staatliche Hackerangriffe auf Russland und über Spenden beschaffte Rüstungsgüter meist wohlwollend porträtiert und kommentiert. Im Tummel des gerechten Verteidigungskrieges schien geradezu eine Lust an der Regelverletzung auch nach Deutschland überzuschwappen. So konnten z. B. auf hiesigen »Solidaritätsdemos« offen und zugleich rechtswidrig Freiwillige für ukrainische Milizen rekrutiert werden, die offene Diskriminierung von Russen in Kultur und öffentlichem Leben sowie der Transport von Streumunition durch Deutschland wurden wenig kritisiert und auch die Sprengung der Nordstream-Pipelines – nachdem eine ukrainische Beteiligung wahrscheinlich war – bestenfalls halbherzig juristisch verfolgt und in der Öffentlichkeit gar als »Glücksfall für Deutschland« kommentiert.

Dass unter dem öffentlichen Druck zur Beschleunigung auch in der militärischen Beschaffung und bei Rüstungsexporten zu jener Zeit mehrfach Recht gebrochen oder kreativ ausgelegt wurde, ist anzunehmen, aber schwer nachvollziehbar – auch weil bei der Verausgabung des Sondervermögens und der »Hilfe für die Ukraine« (teilweise über sogenannten »Ringtausch«) kaum eine ernsthafte parlamentarische Debatte oder kritische media-

le Begleitung stattfand. Völlig unhinterfragt meldete etwa das ZDF Anfang Mai 2024, gut zwei Monate nach dem russischen Einmarsch, dass das Münchner Startup Quantum Systems eine unbekannt Zahl an Drohnen an die Ukraine geliefert habe: »Es ist ein Auftrag eingefädelt über den ukrainischen Konsul in München, bestellt und bezahlt von ukrainischen Oligarchen, genehmigt von deutschen Behörden.« Zunehmend meldeten sich fortan Vertreter der deutschen Rüstungsindustrie in den Medien zu Wort und definierten vermeintliche militärische und strategische Erfordernisse gegenüber der Öffentlichkeit. Ankündigungen von Rheinmetall etwa zum Bau von Panzer- und Munitionsfabriken in der Ukraine wurden von der Presse oft als beschlossene Sache dargestellt und mit Zitaten deutscher Rüstungsmanager zur taktischen Lage abgerundet. Auf den Stand und die Erfordernisse der jeweiligen Genehmigungsverfahren wurde hingegen so gut wie nie eingegangen und sie wurden auch nicht parlamentarisch abgefragt.

### Beispiel Drohnenwall

Im November 2024 brach die amtierende Regierung der Bundesrepublik auseinander, im Dezember wurden das Parlament formell aufgelöst und Neuwahlen für den 23. Februar 2025 angesetzt. Die Verhandlungen zwischen CDU/CSU und SPD mündeten Anfang April in einen Koalitionsvertrag, am 6. März wurde Merz (nach Niederlage im ersten Wahlgang und spontaner Änderung der Geschäftsordnung durch Zweidrittelmehrheit) zum Bundeskanzler gewählt. Genau dazwischen haben die künftigen Regierungsparteien mit den Mehrheiten des alten Parlaments in Windeseile eine Grundgesetz-Änderung durchgesetzt, die »Verteidigungsausgaben« in einem weiten Sinne von der Schuldenbremse ausnimmt. Ursula von der Leyen hatte kurz zuvor ein Programm unter dem Titel »ReArm Europe« angekündigt, das ähnliche Programme auf europäischer Ebene von der EU-Schuldenbremse ausnehmen und alle Mitgliedsstaaten gar zu schuldenfinanziertem Aufrüstung verpflichten sollte. Weder »ReArm Europe« noch das wenige Monate später beschlossene 5%-Ziel der NATO wären ohne die Grundgesetzänderung in Deutschland – selbst in eher deklaratorischer Hinsicht – realisierbar gewesen.

Während der Koalitionsverhandlungen, als das Parlament und seine Ausschüsse nicht mehr zusammentraten (außer, um das Grundgesetz zu ändern), als in den Abgeordnetenbüros Kartons gepackt wurden, berichtete unter anderem *tagesschau.de* von einem »Kurswechsel im Bundesverteidigungsministerium«, die »Bundeswehr soll Angriffsdrohnen bekommen«, die »Verträge würden in den nächsten Tagen unterzeichnet«. Die *FAZ* titelte kurz darauf: »Endlich bewaffnete Drohnen für die Bundeswehr« und führte weiter aus: »Die Bundeswehr wird Hunderte bewaffnete Drohnen anschaffen und sich Produktionskapazitäten für Tausende solcher Fluggeräte sichern.« Mo-

niert wurde hier (wie in vielen anderen Berichten zum Thema), dass diese Entscheidung erst nach »mehr als einem Jahrzehnt endloser Debatten« gefällt worden wäre. Von wem und wie genau, wurde in keinem dieser Berichte weiter ausgeführt. Auf die schriftliche Frage eines Bundestagsabgeordneten der Linken im Verteidigungsausschuss nach Menge und Herstellern wurden selbst diese Informationen später als geheim eingestuft.

Schon in der entsprechenden Meldung bei *tagesschau.de* wurde jedoch (der hier bereits im Kontext der Bera-teraffäre) genannte Gundbert Scherf zitiert und auf das Startup Helsing verwiesen, die in jenen Tagen mit dem Vorschlag eines »Drohnenwalls« hausieren gingen. Dieser solle aus zehntausenden Aufklärungs- und Kamikazedrohnen bestehen, die an der NATO-Ostflanke mit entsprechender KI- und Schwarmsteuerung eine Art fliegendes Minenfeld bilden sollten. Laut Scherf und anderen Vertretern von Rüstungs-Startups sei dies innerhalb eines Jahres realisierbar. Entsprechende Produktionskapazitäten bauten sie nach einigen Angaben zu diesem Zeitpunkt bereits auf. Helsing hatte im Februar bekannt gegeben, eine erste sogenannte »Resilience Factory« (RF-1) mit einer Produktionskapazität von zunächst 1.000 Kamikazedrohnen pro Monat in Betrieb genommen zu haben und dass man »an mehreren Standorten in Europa weitere Resilience Factories errichten [wird], die im Konfliktfall Zehntausende Einheiten pro Monat produzieren können«.

Der Begriff »Drohnenwall« legte anschließend in den Medien eine steile Karriere hin. Oft wurde darüber berichtet, als wäre er bereits beschlossene Sache – obwohl Fachleute starke Zweifel äußerten, ob er (insbesondere die Schwarmsteuerung) technisch realisierbar und angesichts der schnellen Innovationszyklen rentabel wäre. Die zuvor intensiv geführte Debatte um die Rolle von KI in Waffensystemen wurde dabei ebenso weitgehend ausgeblendet, obwohl ihr in Verbindung mit Schwärmen zehntausender Drohnen an der Grenze zwischen NATO und Russland eigentlich eine besondere – hochgradig strategische – Bedeutung zukommen sollte.

*Dieser Text wurde verfasst für den Sammelband „Die große Mobilisierung– Die Bundeswehr von der Wiederbewaffnung zur Kriegstüchtigkeit“ Herausgegeben vom AK Antimilitarismus, 208 Seiten, 16,90 Euro, ab Ende November im Buchhandel. Wir veröffentlichen ihn mit freundlicher Genehmigung des PapyRossa Verlags.*

## Risikokapital, Profit und Strategie

Ob der »Drohnenwall« zum Zeitpunkt der Veröffentlichung dieses Buches noch ein Begriff sein wird, ist nicht absehbar. Dennoch verdeutlicht er gut den neuen Spirit in Bundeswehr und Beschaffungswesen. Anstatt politische und strategische Überlegungen zur Ermittlung (vermeintlich) notwendiger Beschaffungen führen, die dann an die Industrie herangetragen werden, sind es nun windige Unternehmer:innen und das dahinterstehende Risikokapital, die erst einmal Produktionskapazitäten aufbauen und dann die Politik (über willige Medien) unter Zugzwang setzen. Parlamentarische Kontrolle und Regulation werden mitunter schlicht umgangen oder ausgehebelt (so hat zum Beispiel das BMVg in seiner Entscheidung vom April 2025 Kamikazedrohnen kurzerhand als Munition eingestuft, für die geringere Zertifizierungsanforderungen gelten). Damit werden auch gesellschaftliche Diskussionen, wie jene um »tödliche autonome Waffensysteme«, massiv erschwert: Ob und inwieweit Menschen bei den angeschafften Drohnen in kritische Entscheidungen eingebunden sind, ist allein dadurch unklar, dass die Hersteller und verwendeten Typen als »geheim« eingestuft werden. Per Softwareupdate – wie es im Falle der aktuell diskutierten Helsing-Kamikazedrohnen angeblich etwa wöchentlich durch den Hersteller erfolgt – kann sich das ohnehin jederzeit ändern, offenbar abseits von politischer Kontrolle und vermutlich auch jenseits der Kontrolle durch die Bundeswehr selbst. Mit dem neuen Spirit begeben sich BMVg und Bundeswehr in eine gesteigerte Abhängigkeit von »Tech-Entrepreneuren« und dem dahinterstehenden Kapital und machen uns alle damit nicht nur zum Spielball einer kriegstüchtigen »Sicherheitspolitik« – sondern obendrein der Profitinteressen disruptiver Mindsets und Kapitalstrukturen.

